

**Beschluss des 7. Landesparteitages
der 2. Tagung der Partei DIE LINKE. Thüringen am 19.9.20 in Sömmerda**
(Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit 1 Enthaltung angenommen)

Solidarität statt Solidarierungsverweigerung!

Am 29.08.20 folgten mindestens 38.000 Personen dem Aufruf der Initiative "Querdenken 711" zu einer in großen Teilen aggressiven Demonstration gegen die Corona-Politik nach Berlin. Vertreten waren auch nahezu alle Strömungen aus dem "Rechtsaußen-Spektrum" wie AfD, NPD, der Dritte Weg und "Die Rechte" sowie Gruppierungen wie die Identitären und Strömungen aus der Reichsbürgerszene.

Nach einem anfänglichen Verbot ließ das Oberverwaltungsgericht den Aufmarsch zu. Doch schon früh musste der Zug wegen der Weigerung, Abstände einzuhalten, aufgelöst werden. Die Versammlungsleitung war nicht willens, das zu ändern. Schließlich durchbrachen knapp 400 Personen u.a. mit Reichsflaggen die Absperrungen zum Reichstag und besetzten die Treppe zum Parlament. Polizeieinsätze gegen Angehörige dieser Szenen waren vor dem Reichstag und der russischen Botschaft notwendig.

Wir kritisieren die nachfolgende Verharmlosung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Teilen der Öffentlichkeit. Wer Reichsfahnen schwenkt, sich mit eindeutigen Symbolen und Kleidungsstücken der rechtsextremen Szene schmückt und extrem rechte Parolen grölt, ist kein "Chaot" oder „Randalierer“, sondern ein Neonazi. Und wer mit Neonazis und Reichsbürgern auf die Straße geht und ihnen nicht widerspricht, ist weder besorgter Bürger oder "Coronakritiker", sondern handelt fahrlässig gegenüber der Demokratie und der jüngeren deutschen Geschichte.

Doch es geht nicht nur um eine fehlende Distanzierung von Neonazis. Zunehmend werden in diesem Spektrum Verschwörungsanschauungen mit antisemitischen Tendenzen übernommen, das demokratische System wird offen abgelehnt und es wächst der Wunsch eines rechten "Volksaufstandes" dagegen. Damit werden offen demokratiefeindliche Strömungen begünstigt.

Vor diesem Hintergrund erklärt DIE LINKE. Thüringen:

Mit Nazis demonstriert man nicht!

Egal ob in Thüringen oder bundesweit: DIE LINKE hat mit diesem Mosaik der Solidarisierungsverweigerer nichts gemein.

Nach wie vor stellen wir uns gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck. Wir stehen damit auch gegen die Radikalisierung von rechts, die am 29. August in Berlin und auf anderen Veranstaltungen dieser Art zu beobachten ist, und Versuche, diese Radikalisierung von rechts zu relativieren oder zu akzeptieren.

Wir stellen uns weiterhin gegen den Versuch, mit Narrativen wie "man müsse die Sorgen ernst nehmen" oder „Proteststimmungen aufnehmen“, Politik nach Rechtsaußen zu öffnen.

Unser Credo ist die unteilbare Solidarität - das unterscheidet uns von unsolidarischen Forderungen und Vorstellungen in diesem Milieu, in dem Demokratiefeindlichkeit über den organisierten rechten Rand hinausreicht.

Über weltanschauliche und parteipolitische Grenzen hinweg suchen wir Bündnisse mit allen anderen Menschen, welche willens sind, die demokratische Gesellschaft angesichts der am 29.08. erneut sichtbar gewordenen Gefahr zu schützen. Das schließt die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen und politischen Partnern im demokratischen Spektrum ein.